

Gemeinsamer Antrag

Sitzung des Stadtrates am 24. November 2021

Mit kluger Finanzpolitik in eine nachhaltige Zukunft

In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 ist es gelungen, Mainz sicher durch die Corona-Krise zu führen. Trotz aller finanzieller Widrigkeiten wurde die soziale Infrastruktur unserer Stadt sogar ausgebaut, die Förderung der kulturellen Initiativen erhöht und die Wirtschaft gestützt und gestärkt. Mithilfe von Bund und Land konnten sowohl innovative Sofortmaßnahmen (z. B. #mainzhilftsofort) als auch langfristige Programme (z. B. zur Digitalisierung) umgesetzt werden. Mainz hat gegen die Krise investiert. Das alles war möglich, weil die Stadt vor der Krise solide gewirtschaftet hat: In den letzten sechs Haushaltsjahren wurden Überschüsse erzielt, Altschulden abgebaut und Vermögen aufgebaut.

Der neue Haushaltsplan 2022 löst in voller Höhe alles ein, was bereits im Dezember 2020 beschlossen wurde: Die Zuschüsse für soziale und kulturelle Einrichtungen werden zielgerichtet erhöht. Mainz investiert auf hohem Niveau, darunter insbesondere in Kitas, Schulen und Feuerwehr. Ein Leuchtturmprojekt wie das neue Gutenbergmuseum, das wie kaum ein zweites Projekt für die Geschichte und Zukunft unserer Stadt steht, wird mit voller Kraft weiterentwickelt.

Die Pandemie hat uns klar vor Augen geführt, dass sich Bedingungen schnell ändern können und Prioritäten angepasst werden müssen. Wie krisenfest und resilient der Wirtschaftsstandort Mainz in seiner Gesamtheit ist, zeigt die Gewerbesteuer, deren Aufkommen gegen den deutschlandweiten Trend steigt: In beiden Krisenjahren wuchsen die Gewerbesteuererträge so kräftig, dass 2021 – sogar ohne Biontech – die höchsten in der Geschichte der Stadt Mainz erreicht werden. Diese hohe Wirtschaftskraft ist den Mainzer Unternehmen und ihrer Mitarbeiterschaft zu verdanken; sie ist aber auch Erfolg einer langjährigen Standortpolitik aus Gründungsförderung, Wissenschaftstransfer und Ansiedlungen.

Durch die erfolgreiche Forschung zu neuen Technologien in der Biopharmazie hat BioNTech Hoffnung gebracht. Mit der schnellen Entwicklung eines Vakzins bekamen wir alle ein wichtiges Instrument zur Pandemiebekämpfung in die Hand. Die Krebsforschung als Kern des Unternehmens und die Altersforschung sind wichtige Bereiche der Zukunft. Daher gilt es, in Mainz das Ansiedlungsklima, das BioNTech von Anfang an zu einem Mainzer Unternehmen

gemacht hat, zu stärken. Mainz hat das Potenzial, sich als Wissenschafts- und Wirtschaftscluster in diesem Bereich weiterzuentwickeln und so wichtige Netzwerkmöglichkeiten für zukunftsprägende Forschung und Wirtschaft zu schaffen.

Mainz steht nun an einem historischen Punkt in seiner Stadtgeschichte: Dank der aktuellen Gewerbesteuererträge können die Weichen gestellt werden, um die städtischen Schulden zu tilgen und insbesondere die Kassenkredite abzulösen sowie nachhaltig in eine sozial-ökologische Stadtentwicklung, in Klimaneutralität, den sozialen Zusammenhalt und die Standortförderung zu investieren – zukunftsfest und generationengerecht. Es besteht die Chance, durch Immobilienkäufe und Bodenbevorratung die dauerhaften Ausgaben zu senken und das Vermögen der Stadt Mainz zu stärken.

Unsere Möglichkeiten als Stadtrat und Verwaltung haben sich drastisch geändert. Es ist nun besonders wichtig, kluge Entscheidungen für die Gegenwart und Zukunft zu treffen. Dafür müssen 2022 Leitlinien entwickelt werden, um diese Gestaltungsräume nachhaltig ökologisch, sozial gerecht und langfristig zu nutzen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Mainz verpflichtet sich mit der Neuaufstellung des Haushaltsplans für 2022 weiterhin in allen Bereichen zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik als Voraussetzung zur Sicherstellung ausgeglichener Haushalte in den Folgejahren:

1. Die Altschulden werden soweit als möglich abgebaut. Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer dienen, soweit wirtschaftlich sinnvoll, insbesondere dem Abbau der Kassenkredite, um heute und für kommende Generationen Gestaltungsräume zu schaffen. Das Finanzmanagement der städtischen Beteiligungen wird weiter ausgebaut, auch um Kredite städtischer Gesellschaften zurückzufahren.
2. Investitionen in den Klimaschutz, in die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie in die Förderung der Wirtschaft sind Zukunftsinvestitionen, damit kommende Generationen in Mainz gut leben können. Das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2035 wird mit hoher Priorität in allen Dezernaten verfolgt.
3. Zur Finanzierung einer Angebotsausweitung bei gleichzeitiger Dekarbonisierung des ÖPNV bis 2035 wird geprüft, wie die Landeshauptstadt Mainz künftig selbst einen Teil der damit verbundenen Kosten zur Verstetigung einer akzeptablen Belastung der Stadtwerke übernehmen kann. Diesbezüglich bitten wir die Verwaltung auch, Gespräche mit dem Land Rheinland-Pfalz zu führen.

4. Es wird eine nachhaltige Anlagerichtlinie im Sinne des Divestments entwickelt mit dem Ziel, dass Finanzanlagen der Stadt oder ihrer Gesellschaften nicht in CO2-intensive Anlagen getätigt werden.
5. Es wird geprüft, ob Zuführungen zum Pensionsfonds vorgezogen werden können, um zukünftige Haushalte zu entlasten.
6. Die Landeshauptstadt Mainz und die Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz nutzen Spielräume zur Bodenbevorratung, um wichtige Instrumente zur Steuerung der Stadtentwicklung in der Hand zu haben. Die Stadt und ihre Unternehmen betreiben daher zudem eine aktive Immobilienpolitik.
7. Die Stadtverwaltung prüft, welche Immobilien erworben werden können, um Mietausgaben im Bereich der Verwaltung zu minimieren.
8. Mainz wird als Biotechnologiestandort weiterentwickelt und soll einen wichtigen Cluster für Wissenschaft und Wirtschaft in diesem Bereich bilden.
9. Beim Oberbürgermeister wird eine Leitstelle Biotechnologie eingerichtet und die Einrichtung einer Gesellschaft zur Entwicklung des Biotechnologiestandortes Mainz bei der ZBM geprüft.
10. Mainz betreibt eine nachhaltige Standortentwicklung mit einer Ansiedlungspolitik, die an qualitativen Maßstäben (gute Arbeitsplätze, wenig Flächenverbrauch) ausgerichtet ist. Diese Entwicklung findet zudem unter den Maßgaben der Bekämpfung des Klimawandels, der Anpassung an den Klimawandel, der Schaffung bezahlbarem Wohnraums und der Förderung des sozialen Zusammenhalts und der regionalen Kooperation statt. Dazu wird der Hebesatz der Gewerbesteuer von 440 auf 310 Punkte gesenkt.
11. Der Mainzer Stadtrat wird die turnusgemäß vorgelegten Berichte des Rechnungshofs nach Vorlage der Erläuterungen der Stadtverwaltung umfänglich prüfen.
12. Der Stadtrat bittet die Verwaltung, Vorschläge zu machen, wie die Investitionsplanung ab dem Haushaltsjahr 2023/24 optimiert werden kann. Stellungnahmen der Finanzverwaltung, der Fachämter und der Eigenbetriebe sollen die Beratung hierüber in den Gremien vertiefen. Ziel ist, für die Bevölkerung eine höhere Transparenz in den Investitionen zu schaffen, Planung und Umsetzung optimal abzustimmen sowie die Steuerungsmöglichkeiten des Stadtrats zu stärken.

Sylvia Köbler-Gross

*Fraktionssprecherin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

Alexandra Gill-Gers

*Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion*

David Dietz

*Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion*

im Mainzer Stadtrat